

Herausforderungen und Chancen

Freiwilliges Engagement als Stützpfiler der Freien Wohlfahrtspflege

WOLFGANG STADLER

Wolfgang Stadler ist Bundesvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt und derzeit Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V.
www.awo.org

Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege sehen in der Gewinnung und Förderung bürgerschaftlichen Engagements einer ihrer Kernaufgaben. Angesichts des gesellschaftlichen und politischen Wandels müssen sie jedoch immer wieder neue Wege finden, wie sie für Bürgerinnen und Bürger »Orte der Solidarität« schaffen können.

Für die Wohlfahrtsverbände ist das bürgerschaftliche Engagement eine wesentliche Grundlage ihres Handelns und ihres Selbstverständnisses. Im Engagement drückt sich die Wertegebundenheit der Verbände aus, die in den Traditionen des Christentums, des Judentums, der Arbeiterbewegung und des Humanismus wurzelt. Werte wie Solidarität, Gerechtigkeit, Toleranz, Freiheit und Freiwilligkeit geben hier die Leitlinien vor.

Ohne den aktiven Beitrag engagierter Bürgerinnen und Bürger für Menschen in schwierigen Lebenssituationen, für ihre eigenen Belange und die des Gemeinwesens könnten die Wohlfahrtsverbände weder die Vielfalt noch die Qualität ihrer Angebote sicherstellen. Bürgerschaftliches Engagement fördert sozialen Zusammenhalt und Teilhabe in einer pluralen und multikulturellen Gesellschaft.

Viele in den Strukturen der Wohlfahrtsverbände engagierte Menschen mischen sich selbstbewusst in öffentliche Angelegenheiten ein. Das Eintreten gegen gesellschaftliche Missstände ist ein wichtiger Teil des anwaltschaftlichen, sozialpolitischen Handelns der Verbände. Und nicht zu vergessen: Ohne Menschen, die zur Mitgliedschaft und zur ehrenamtlichen Verantwortungsübernahme in Vorstands- und Aufsichtsfunktionen bereit sind, wären die Wohlfahrtsverbände vielerorts nicht in der Lage, ihre demokratischen Vereinsstrukturen aufrechtzuerhalten. Ihnen würde ein wichtiger Teil ihrer Organisa-

tionsbasis und damit ihrer gesellschaftlichen Verankerung fehlen.

Bürgerschaftliches Engagement besteht nicht unabhängig von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Diese haben sich in den letzten Jahrzehnten stark gewandelt. Damit sind neue Herausforderungen, aber auch neue Chancen für die Wohlfahrtsverbände verbunden. Die in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege zusammengeschlossenen sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege haben 2013 ein Grundsatzpapier zum bürgerschaftlichen Engagement verabschiedet. Sie äußern sich hier zu den gesellschaftlichen Entwicklungstrends und ihren Auswirkungen auf das Engagement sowie zu den Leitlinien, Forderungen und Strategien der Engagementförderung und Engagementpolitik.

Innovation in traditionellen Strukturen

Seit nunmehr 15 Jahren ist die Rede vom »Strukturwandel des Ehrenamts«. Menschen engagieren sich, so wird festgestellt, zunehmend auch aus selbstbezogenen Motiven. Sie verfolgen stärker den Wunsch nach Selbstverwirklichung und Geselligkeit und binden sich dabei offenbar weniger langfristig an feste Strukturen wie Vereine und Verbände. Stattdessen bevorzugen sie häufiger zeitlich begrenzte Aufgaben, Themen und Projekte. Die Mitgliederzahlen in den traditionellen Mitgliederorganisationen

sind insgesamt rückläufig. Den Organisationen gehen die »Stammkunden« verloren, wie der Soziologe Wolfgang Streeck angemerkt hat. Dieser Mitgliederverlust gilt auch als Indiz dafür, dass mit den Organisationen die traditionellen Milieus, in denen sie verwurzelt waren, erodieren.

»Bürgerschaftliches Engagement kann aktive Teilhabe und gesellschaftliche Einbindung ermöglichen«

Traditionelle Großorganisationen wie die Wohlfahrtsverbände sind daher mit der Frage konfrontiert, ob ihre Strukturen und Angebote des Mitmachens noch zeitgemäß sind und ob sie den Bedürfnissen der neuen Engagierten gerecht werden. In den letzten beiden Jahrzehnten sind zahlreiche neue Einrichtungen wie Freiwilligenagenturen und Bürgerstiftungen, Tafeln und Hospize entstanden. Es haben sich innovative Formen des Freiwilligenmanagements, der Qualifizierung und Anerkennung der Engagierten herausgebildet. Diese Entwicklung fand auch innerhalb der traditionellen Verbände und Organisationen statt, mit größerer Dynamik jedoch außerhalb. Neue Initiativen und Organisationen waren hier zum Teil schneller, besser organisiert und flexibler als die großen Verbände.

Gesellschaftliche Modernisierungstrends, wie die Individualisierung von Lebensstilen, der Einfluss der neuen Medien, die stärkere Mobilität und berufliche Flexibilität der Menschen und die Veränderungen der Arbeitswelt wirken sich deutlich auf das bürgerschaftliche Engagement aus. Mangel an Zeit ist für erwerbstätige Menschen bereits jetzt ein zentrales Hindernis für ein längerfristiges und verbindliches Engagement.

Lokale Infrastrukturen der Engagementförderung

Ebenfalls klar auf der Hand liegen die Folgen des demographischen Wandels. Hinzu kommen die Auswirkungen veränderter Geschlechterrollen sowie der Bildungsreformen der letzten Jahre. Die Zahl der jungen Menschen nimmt ab. Ihr Spielraum für bürgerschaftliches Engagement unterliegt auch den schwieri-

gen Bedingungen verkürzter und verdichteter Schul- und Ausbildungszeiten. Frauen sind zu einem großen und weiter wachsenden Teil berufstätig. Sie müssen und wollen Familie, Job und Engagement zeitlich miteinander vereinbaren. Sie sind nicht länger die stillen Helferinnen im Hintergrund.

Der demographische Wandel wirkt sich, zusammen mit der kommunalen Finanzkrise, in mancher Hinsicht auf die Funktionsfähigkeit des lokalen Gemeinwesens aus. Damit steigen auch die Erwartungen an das Engagement, soziale Leistungen durch Ehrenamtliche zu erbringen. Hier geht es für die Verbände zum einen darum, der Instrumentalisierung des Engagements zur Kompensation einer verfehlten Sozial- und Finanzpolitik entgegenzutreten. Um unter diesen Bedingungen Engagement anzuerkennen, zu fördern und zu ermöglichen und dabei die wachsende Zahl aktiver und engagementbereiter Seniorinnen und Senioren einzubinden, müssen lokale Infrastrukturen der Engagementförderung vorhanden sein. Haushaltsnahe Dienstleistungen werden ebenso an Bedeutung gewinnen wie die Unterstützung älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger bei der Erhaltung ihrer persönlichen Mobilität, vor allem in dem von Bevölkerungsschwund am stärksten betroffenen ländlichen Raum.

Ein weiterer gesellschaftlicher Entwicklungstrend ist die Verfestigung von Armut in bestimmten Bevölkerungsgruppen. Armut führt in vielen Fällen zu sozialer Exklusion oder gar Isolation. Die Wohlfahrtsverbände haben durch die sozialen Einrichtungen und Dienste, in denen sie ihre Angebote der sozialen Arbeit professionell erbringen, vielfältige Zugänge zu Menschen, die Hilfe und Unterstützung benötigen. Hier geht es nicht nur darum, eine solidarische, bürgerschaftliche Unterstützung für diejenigen Menschen zu organisieren, die sich in prekären Lebenslagen befinden und von Armut, Krankheit, Behinderung oder Ausgrenzung betroffen sind. Die Verbände wollen künftig auch

noch stärker aktive Teilhabe und gesellschaftliche Einbindung durch bürgerschaftliches Engagement ermöglichen. Sie wollen geeignete Zugänge schaffen und Räume für Selbstorganisation und Selbsthilfe öffnen.

Die Verbände sind sich darüber im Klaren, dass sie auch künftig den Monetarisierungstendenzen im Engagement ihre Aufmerksamkeit widmen müssen. Eine kritische Auseinandersetzung ist notwendig, um den Kern des Engagements als Ort der Freiwilligkeit, des Eigensinns, der Sinnstiftung und der selbstbewussten Mitgestaltung öffentlicher Belange zu bewahren. Entstandene Unkosten wie etwa Fahrtkosten regelmäßig zu erstatten, sollte überall eine Selbstverständlichkeit sein. Pauschale Aufwandsentschädigungen hingegen können das Engagement in die Nähe von (prekärer) Beschäftigung rücken und es auf einen reinen Dienstleistungscharakter reduzieren.

Mitsprache- und Mitgestaltungsmöglichkeiten stärken

In den dargestellten gesellschaftlichen Entwicklungen liegen Risiken wie auch Chancen für das bürgerschaftliche Engagement in den Organisationen der Wohlfahrtsverbände.

Das altruistische, in traditionellen Formen und Strukturen stattfindende Engagement hat nach wie vor einen wichtigen Stellenwert und wird nicht in den neuen, kurzfristigen und stärker selbstbezogenen Engagementformen aufgehen. Die Ergebnisse etwa der Freiwilligensurveys zeigen, dass das Motiv, sich zu engagieren, um etwas für andere zu tun und im Kleinen die Gesellschaft zum Besseren zu verändern, immer noch ein großes Gewicht hat. Gerade hier können die Wohlfahrtsverbände ansetzen. Mit ihrer Präsenz und Verankerung vor Ort, mit ihrem Netz von Dienstleistungen und Unterstützungsangeboten für Bürgerinnen und Bürger schaffen sie ein gutes Fundament für Selbsthilfe und Engagement im Gemeinwesen. Die Verbände kooperieren mit lokalen Vereinen und Initiativen, Kirchengemeinden und religiösen Gemeinschaften, Migrantenorganisationen, Kulturvereinigungen, Sport- und Umweltverbänden sowie Unternehmen. Diese intensive Vernetzung bietet aus-

gezeichnete Chancen, Engagement zu fördern und auf eine breite Basis zu stellen.

Dabei bedürfen die tatsächlichen Beteiligungsmöglichkeiten innerhalb der Verbände durchaus einer selbstkritischen Überprüfung. Menschen, die sich freiwillig engagieren, bringen neben ihrer Zeit auch eigene Ideen und Erfahrungen ein und sollten künftig stärker als bisher an der Ausgestaltung ihres Engagements beteiligt werden. Durch Mitsprache- und Mitgestaltungsmöglichkeiten werden die Erfahrungen und die Kreativität der Freiwilligen gewürdigt und ihre Engagementmotivation gestärkt.

Bürgerschaftliches Engagement bedarf der Unterstützung durch hauptamtliche und institutionelle Strukturen. Zu dieser Infrastruktur des Engagements gehört ein professionelles Freiwilligenmanagement mit Angeboten der Beratung, Vermittlung, Qualifizierung und Qualitätsentwicklung. Die Verbände werden diesem Bereich künftig auch wei-

terhin einen hohen Stellenwert einräumen und die Chancen dafür verbessern, nicht nur das längerfristig und verbindlich angelegte Ehrenamt einzubinden und anzuerkennen, sondern stärker als bisher auch das Engagement in zeitlich befristeten Projekten und punktuellen Aktivitäten.

Die sozialen und gesundheitlichen Dienste der Wohlfahrtsverbände werden im Zusammenwirken unterschiedlicher Systeme, Ressourcen und Kompetenzen erbracht. Zu den professionellen Leistungen der freien, öffentlichen und privaten Träger kommen Selbsthilfe und Eigentätigkeit der Betroffenen selbst und ihres privaten Umfeldes sowie das bürgerschaftliche Engagement hinzu. Dieser »Wohlfahrts-Mix« wird sich künftig weiterentwickeln. Neben der Haushaltslage der Kommunen, neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen, der Entwicklung von Fachstandards und der zunehmenden Ökonomisierung der Einrichtungen und Diensten ist hier als ein wichtiges positives Stichwort der gewachsene Anspruch der Bürgerinnen und Bürger zu nennen, über ihre eigenen Anliegen und Interessen mitzuzentscheiden und als Engagierte aktiv mitzuwirken. Mehr gemischte Teams von bürgerschaftlich Engagierten und hauptamtlich Tätigen verändern die soziale Arbeit. Den Einsatz von Engagierten nicht primär unter Kostengesichtspunkten zu planen, ihre besonderen Ressourcen zu berücksichtigen, ihnen Entscheidungs- und Mitgestaltungsspielräume zu öffnen und damit den Eigensinn des bürgerschaftlichen Engagements zu wahren, gehört zu den Herausforderungen, aber auch den großen Chancen für die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege.

Zugleich werden hier auch gesellschaftspolitische Zukunftsfragen berührt wie die nach sozialer Gerechtigkeit und Demokratie. Welche Leistungen stehen den Bürgerinnen und Bürgern auch künftig zu? Welche werden professionell erbracht und öffentlich finanziert? Wer entscheidet über die Art und Weise ihrer Erbringung? Die Freie Wohlfahrtspflege als Teil der Bürgergesellschaft wird die dazugehörigen Diskurse und Aushandlungsprozess aktiv mitgestalten.

Die Entwicklungen im bürgerschaftlichen Engagement zeigen, dass eine kohärente und koordinierte Engage-

mentpolitik von Bund, Ländern und Kommunen notwendig ist. Hierfür sind erste Konturen sichtbar, vieles bleibt aber noch zu tun. Eine ermöglichende Engagementpolitik des Bundes ist elementar, um Rahmenbedingungen wie Finanzierung, Rechtsentwicklung und Klärung föderaler Zuständigkeiten zu gewährleisten. Bürgerschaftliches Engagement braucht gute Rahmenbedingungen sowie ressortübergreifendes Denken und Handeln.

Die wichtige Entwicklung einer lokalen Engagementlandschaft bleibt weitgehend der jeweiligen Haushaltslage vor Ort oder dem Vorhandensein entsprechender Bundesprogramme überlassen. Sie ist insgesamt durch befristete Projekte und punktuelle Unterstützung gekennzeichnet. Kurze Finanzierungszeiträume hinterlassen nicht selten »Projektruinen« und verhindern den Aufbau nachhaltiger Infrastruktur. Die Wohlfahrtsverbände üben hier deutliche Kritik. Ziel muss es sein, zur Gewährleistung gleicher Lebensverhältnisse und im Sinne des Rechts auf Teilhabe bundesweit eine engagementfördernde Infrastruktur zu etablieren.

Ausblick

Damit bürgerschaftliches Engagement weiterhin ein wesentlicher und legitimer Teil des Selbstverständnisses und des wertgebundenen Handelns der Wohlfahrtsverbände bleibt, muss der Frage der Glaubwürdigkeit auch im Zusammenspiel mit der Erbringung sozialer Dienstleistungen am Markt und der Rolle der Verbände als sozialpolitischer Anwalt der Betroffenen noch stärkere Aufmerksamkeit zukommen.

Die Wertebindung und Glaubwürdigkeit der Wohlfahrtsverbände muss sich auf alle Ebenen beziehen. Gute Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement sind dabei ebenso ein Thema wie die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung der in der sozialen Arbeit Beschäftigten sowie die Qualität und Transparenz der sozialen Einrichtungen.

In dieser komplexen Perspektive liegen zugleich wichtige Herausforderungen und Chancen. Gelingt diese Balance, hat die Freie Wohlfahrtspflege ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal sowohl als Akteur der Bürgergesellschaft wie auch als Teilnehmer am Markt der sozialen Dienste. ■



In der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege arbeiten die sechs Spitzenverbände zusammen: Arbeiterwohlfahrt, Deutscher Caritasverband, Paritätischer Wohlfahrtsverband, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonie Deutschland und Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland. Im vorigen Jahr hat die Mitgliederversammlung ein Grundsatzpapier zum bürgerschaftlichen Engagement verabschiedet. Die Stellungnahme steht auf der Website der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege zum Herunterladen zur Verfügung (www.bagfw.de).